



Licht und Schatten – Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik und politisch motivierten Kriminalität für 2025

"Trotz des Rückgangs der Fallzahlen besteht kein Grund zur Freude. Berlin ist nach wie vor arg von Kriminalität betroffen." kommentiert Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der DPoIG Berlin, die PKS-Zahlen für 2025.

502.743 Straftaten registrierte die Polizei Berlin im vergangenen Jahr und damit 36.306 Fälle bzw. 6,7 % weniger als 2024. Das ist mit Ausnahme des pandemiegeprägten Jahres 2021 der niedrigste Stand innerhalb der letzten zehn Jahre und durchaus erfreulich. Doch wo Licht ist, ist bekanntlich auch Schatten. Anlass zur Sorge bereitet der Anstieg der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (+ 15,7 %), bei den Schusswaffendelikten (+ 68 %), Messerangriffen (+ 5,5 %), antisemitischen (+ 24,3 %) und politisch motivierten (rechts: +7,8 %, links: +37,9 %) Straftaten.

Nicht zufriedenstellend ist auch die Aufklärungsquote, die gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % sank und bei 44,9 % liegt. Damit konnte nicht einmal zu jeder zweiten Straftat ein Täter ermittelt werden. Die Herausforderungen, Straftaten aufzuklären, sind inzwischen enorm. So überschwemmen Massendelikte regelrecht die Polizei, sodass die Bearbeitungskapazitäten ganzer Kommissariate auf lange Sicht ausgeschöpft sind. Täter dingfest zu machen, wird auch nicht einfacher, wenn diese ihre Taten aus dem Ausland heraus verwirklichen oder unter Verschleierung ihrer wahren Identität zunehmend im digitalen Raum agieren. Einer Schätzung zur Folge stieg der Anteil reisender Täter und Tätergruppen in den letzten Jahren von 16 auf 25 % an. Personalengpässe, mit denen die Polizei Berlin konfrontiert ist, erfordern zudem, dass auch im Bereich der Ermittlung und Aufklärung von Straftaten priorisiert werden muss.

Die ersten Weichen sind gestellt. Es geht in die richtige Richtung.

"Mit beispielsweise der Berliner Strategie gegen Messerkriminalität und dem Fokus auf Schusswaffendelikte durch Einrichtung der BAO Ferrum wird endlich einer Entwicklung begegnet, die maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger in Berlin nicht mehr sicher fühlen. Das ist zu begrüßen. Doch jede Schwerpunktsetzung führt unter den jetzigen Rahmenbedingungen dazu, dass das hierfür eingesetzte Personal anderswo schmerzlich fehlt." stellt Bodo Pfalzgraf klar.

Unsere Forderungen:

Aus Sicht der DPoIG Berlin lassen sich Straftaten insbesondere dadurch verhindern, wenn Täter für ihr kriminelles Handeln auch zur Rechenschaft gezogen werden. Mit einer hohen Aufklärungsquote und spürbaren Sanktionen von Seiten der Justiz kann es gelingen, die Fallzahlen deutlich und nachhaltig zu reduzieren. Hierfür braucht es eine ehrliche Aufgabenkritik, also eine Rückbesinnung auf die polizeilichen Kernaufgaben, damit unsere Kollegen ihren gesetzlichen Auftrag, die Verhütung und Verfolgung von Straftaten, auch erfüllen können.

Digitalisierung und Automatisierung sind voranzutreiben.

Predictive Policing und der Einsatz von Analysesoftware sind mittlerweile unverzichtbar, wenn Polizei effizient arbeiten soll. Die Polizei muss dort präsent sein, wo Straftaten passieren oder erwartbar sind – ob im Kiez oder im digitalen Raum. Das Thema Strafverfolgung darf nicht zur Verhandlungsmasse parteipolitischer Erwägungen werden. Die Polizei kann es sich angesichts der aktuellen Sicherheitslage nicht mehr leisten, auf Technologien zu verzichten, nur weil die vermeintlich Falschen diese entwickelt haben.

Zum Hintergrund

Am 11. März stellten die Innensenatorin Frau Spranger und Polizeipräsidentin Frau Dr. Slowik Meisel die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und der Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität (PMK) für das Jahr 2025 vor.

Der Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport können die Zahlen im Detail entnommen werden. <https://www.berlin.de/sen/inneres/presse/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1651060.php>